

AZ: 22.00.15 zi-sk

Kiel, 16.05.2017

Rundschreiben Nr. 058/2017

Ergebnisse der 151. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ - REGIONALISIERUNG -

Vom 09. bis 11. Mai 2017 hat in Bad Muskau die 151. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ stattgefunden. Geschätzt wurden die Steuereinnahmen für die Jahre 2017 bis 2021. Über das bundesweite Ergebnis haben wir mit Rundschreiben Nr. 057/2017 informiert.

Die Regionalisierung für Schleswig-Holstein ergibt folgendes Bild:

1. Grundannahmen zur wirtschaftlichen Entwicklung

Der Steuerschätzung liegen die gesamtwirtschaftlichen Eckwerte der Frühjahrsprojektion der Bundesregierung vom 26. April 2017 zugrunde.

Für das Jahr 2017 wird ein Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts von real 1,5 v.H. erwartet. Damit wird die Annahme der Herbstprojektion zur November-Schätzung (1,4 v.H.) leicht nach oben korrigiert. Für das kommende Jahr 2018 wird ein weiter verstärkter Anstieg auf 1,6 v.H. (bisher 1,4 v.H.) erwartet. Im folgenden mittelfristigen Projektionszeitraum bis 2021 wird - unverändert zur Herbstprojektion - mit einer Wachstumsrate von 1,4 v.H. gerechnet.

Grundlage dafür sind folgende Rahmenbedingungen:

Das Wirtschaftswachstum wird hauptsächlich von der Inlandsnachfrage getragen. Besonders kräftige Impulse kommen dabei von den Bauinvestitionen. Niedrige Zinsen, eine hohe Nachfrage nach Wohnungen und zunehmende öffentliche Investitionen sind die Basis dafür. Beschäftigungs- und Lohnzuwächse sowie Rentenerhöhungen ermöglichen zudem trotz anziehender Preise höhere Konsumausgaben der privaten Haushalte. Dabei wird das Verbraucherpreisniveau im Jahr 2017 vor allem aufgrund steigender Preise für Energie und Nahrungsmittel um 1,8 v.H. und im Jahr 2018 um 1,6 v.H. zunehmen, nach 0,5 v.H. im Jahr 2016.

Die Erwerbstätigkeit soll im Jahr 2017 um mindestens 530.000 und im Jahr 2018 um 310.000 Personen auf das Rekordniveau von rd. 44,4 Mio. Personen im Jahr 2018 ansteigen. Die Arbeitslosigkeit dürfte im Jahresdurchschnitt 2017 um 140.000 Personen zurückgehen und im kommenden Jahr in etwa unverändert bleiben.

Eine Zusammenfassung ausgewählter gesamtwirtschaftlicher Eckwerte ist in **ANLAGE 1** enthalten.

Nach Einschätzung der Bundesregierung stellen diese Annahmen aus heutiger Sicht den wahrscheinlichsten Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung für Deutschland dar. Allerdings sind sie naturgemäß mit Unsicherheiten behaftet. Dies gilt insbesondere für die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik der Vereinigten Staaten und die Auswirkungen des Brexit-Prozesses. Eine Verschärfung der geopolitischen Konflikte und protektionistische Tendenzen sowie Risiken für die Finanzmarktstabilität zählen aus heutiger Sicht zu den Hauptrisikofaktoren für die wirtschaftliche Entwicklung.

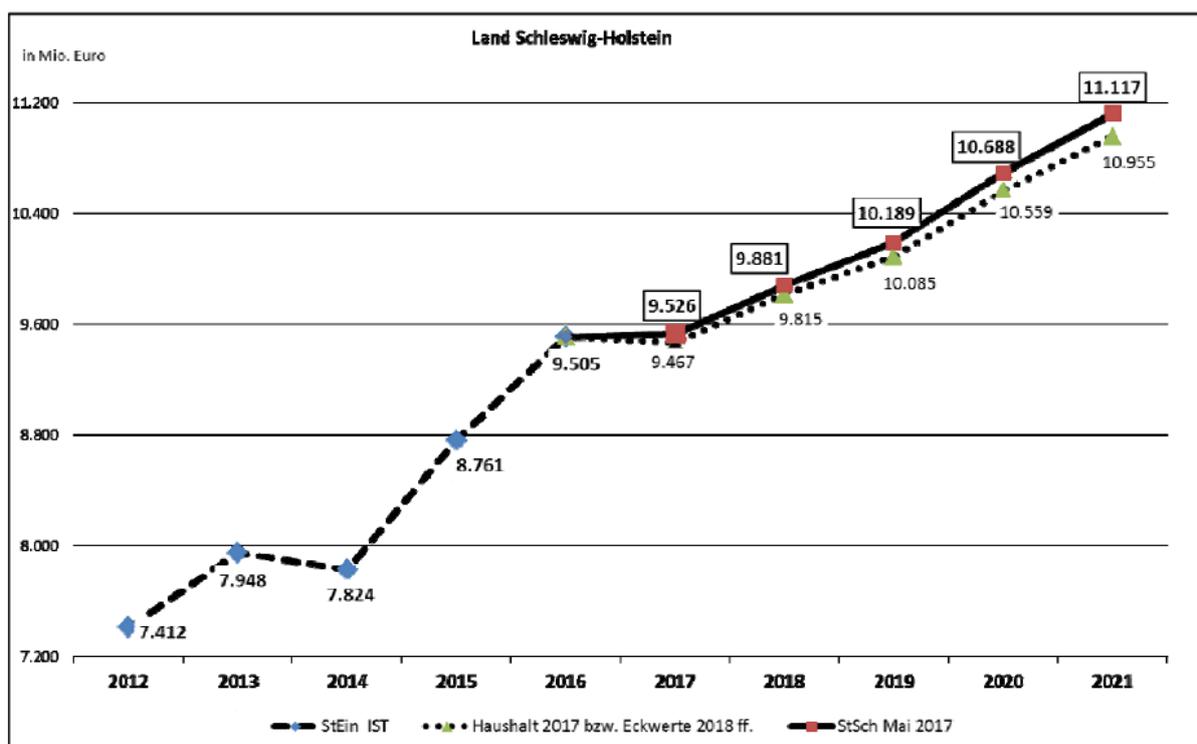
Allerdings birgt das außenwirtschaftliche Umfeld auch Chancen für eine günstigere Entwicklung. Eine leicht zunehmende Beschleunigung der weltwirtschaftlichen Erholung könnte die Investitionen im kapitalintensiven Exportbereich stärker ansteigen lassen als erwartet. Im Euroraum könnte der Aufschwung im Zuge der immer noch sehr expansiv ausgerichteten Geldpolitik kräftiger ausfallen. Darüber hinaus könnten die derzeit expansiven Impulse - nicht zuletzt durch Wechselkurs, Zinsen und Wirtschaftspolitik - stärker wirken als angenommen.

Diese Frühjahrsprojektion der Bundesregierung entspricht für das laufende Jahr der von den Wirtschaftsforschungsinstituten in ihrer Gemeinschaftsdiagnose vom 12. April 2017 geäußerten Erwartung für das Wirtschaftswachstum (+1,5 v.H.). Für 2018 erwarten die Institute einen noch deutlicheren Anstieg von 1,8 v.H. im Vergleich zur Regierungsprojektion von 1,6 v.H.

2. Regionalisiertes Schätzergebnis für Schleswig-Holstein

2.1 Auswirkungen auf das Land

Nach der Regionalisierung der Schätzergebnisse werden sich die Einnahmen aus dem Steueraufkommen, dem Länderfinanzausgleich (LFA), den Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) sowie den Kfz-Steuer-Ersatzleistungen des Bundes von 2017 bis 2021 voraussichtlich wie folgt entwickeln:



Das Gesamteinnahmenniveau wird von rd. 9,5 Mrd. Euro im Haushalt 2017 um rd. 1,6 Mrd. Euro auf rd. 11,1 Mrd. Euro im Jahr 2021 ansteigen.

Für das Jahr 2017 wird das Aufkommen auf rd. 9,53 Mrd. Euro geschätzt. Es steigt damit gegenüber dem Ist 2016 leicht um rd. 21 Mio. Euro. Im Vergleich zum Haushalt 2017 (Grundlage November-Schätzung) ist dies ein Zuwachs von rd. 59 Mio. Euro.

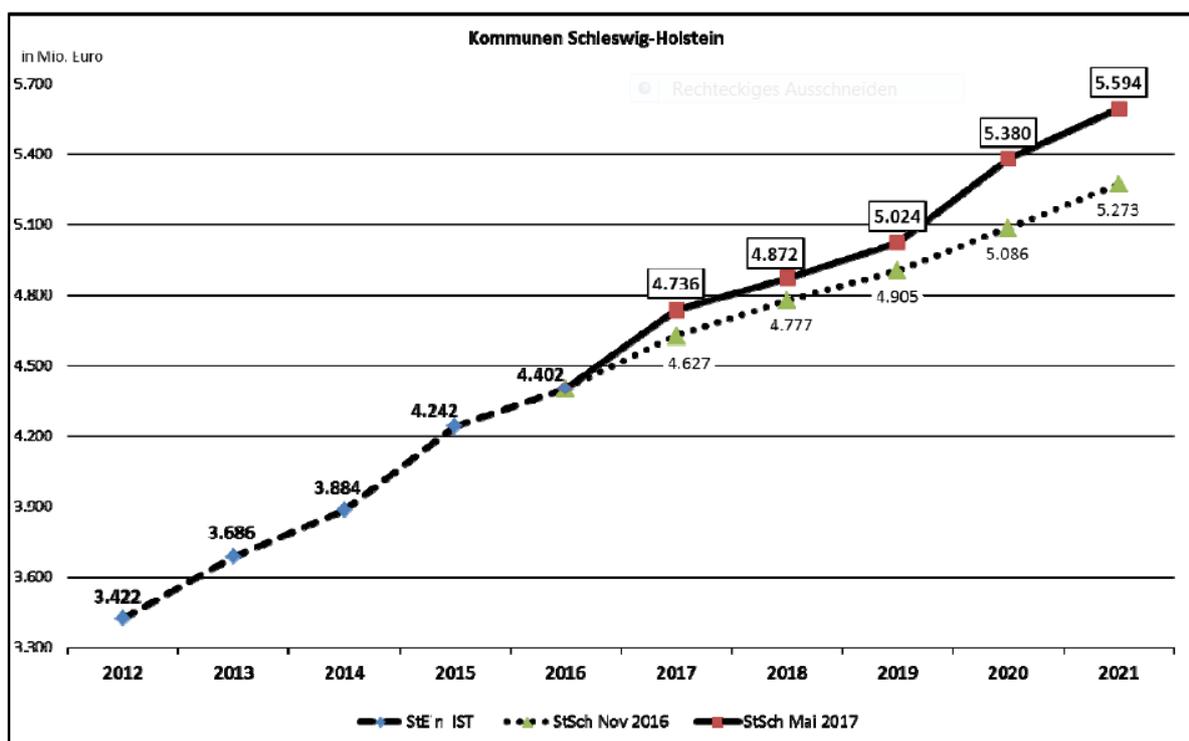
Im Jahr 2018 werden Einnahmen in Höhe von rd. 9,88 Mrd. Euro erwartet. Gegenüber den Eckwerten für den Haushaltsentwurf (Grundlage November-Schätzung) bedeutet dies eine Steigerung um rd. 66 Mio. Euro.

In den Jahren 2019, 2020 und 2021 soll sich das Aufkommen dann im Vergleich zu den Eckwerten für die Finanzplanung (Grundlage November-Schätzung) um Beträge von rd. 105, 129 und 162 Mio. Euro weiter erhöhen.

Ein Gesamtüberblick der Ergebnisse ist in **ANLAGE 3** enthalten.

2.2 Auswirkungen auf die Kommunen

Auch bei den Einnahmen der Kommunen wird für den Zeitraum bis zum Jahr 2021 eine Steigerung gegenüber den bisherigen Erwartungen prognostiziert.



Das Gesamteinnahmenniveau der Kommunen steigt unter Berücksichtigung der Einnahmen aus dem kommunalen Finanzausgleich von rd. 4,75 Mrd. Euro im Jahr 2017 um rd. 840 Mio. Euro auf rd. 5,59 Mrd. Euro im Jahr 2021.

Für 2017 wird ein Zuwachs von rd. 109 Mio. Euro gegenüber den Ergebnissen der November-Schätzung erwartet. Darin enthalten ist ein vorgezogener KFA-Abrechnungsbetrag i.H.v. rd. 45 Mio. Euro. Gegenüber dem Ist 2016 ist dies eine Steigerung um rd. 334 Mio. Euro.

In den kommenden Jahren wird dann mit Steigerungen gegenüber der letzten Schätzung i.H.v. rd. 95 Mio. Euro für 2018, rd. 119 Mio. Euro für 2019, rd. 294 Mio. Euro für 2020 und rd. 321 Mio. Euro für 2021 gerechnet.

Bei den originären Steuereinnahmen der Kommunen wird für das Jahr 2017 ein Aufkommen von rd. 2,99 Mrd. Euro geschätzt. Gegenüber dem Ist 2016 soll es damit um rd. 143 Mio. Euro steigen, dies ist ein Zuwachs von rd. 64 Mio. Euro im Vergleich zur November-Schätzung.

Für 2018 wird dann eine Steigerung von rd. 64 Mio. Euro und 2019 von rd. 97 Mio. Euro erwartet. In 2020 beträgt der Zuwachs insbesondere durch den Wegfall der erhöhten Gewerbesteuerumlage rd. 237 Mio. Euro und 2021 rd. 254 Mio. Euro.

Ein Gesamtüberblick der Ergebnisse ist in **ANLAGE 4** enthalten.

III. Fazit

So positiv die Entwicklung der Einnahmeseite auch ist, so differenziert muss die kommunale Finanzlage betrachtet werden, indem nicht nur die Einnahmen und Ausgaben saldiert, der Investitionsrückstand einbezogen und die Altschuldenlast berücksichtigt wird.

Auch die positiv verlaufende Einnahmeentwicklung im Jahr 2016 hat nicht zu einem positiven Finanzierungssaldo für die kommunale Ebene geführt.

Übersicht 2: Finanzierungssaldo, Kassenkredite und Sachinvestitionen 2016 in Euro/Einwohner*

Land	Finanzierungs-saldo 2016	Änderung Finanzierungs-saldo im Vergleich zum Vorjahr	Kassenkredite am 31.12.2016	Anstieg der Kassenkredite im Vergleich zum Vorjahr	Sachinvestitionen 2016	Änderung Sachinvestitionen im Vergleich zum Vorjahr
- alle Werte in Euro je Einwohner -						
Baden-Württemberg	117	28	13	-7	451	55
Bayern	163	63	16	1	517	4
Brandenburg	68	-39	315	12	221	-11
Hessen	21	59	986	-70	239	14
Mecklenburg-Vorpommern	161	92	403	-63	169	1
Niedersachsen	68	-6	293	-74	294	42
Nordrhein-Westfalen	-14	-4	1.498	22	196	28
Rheinland-Pfalz	-2	-23	1.518	-319	244	5
Saarland	-131	44	2.190	87	151	-19
Sachsen	41	38	30	6	275	25
Sachsen-Anhalt	107	48	656	20	213	12
Schleswig-Holstein	-39	-38	228	-17	277	9
Thüringen	58	-37	72	-11	246	1
West	56	19	700	-31	327	25
Ost	76	19	253	-2	235	8
Insgesamt	59	19	626	-26	312	22

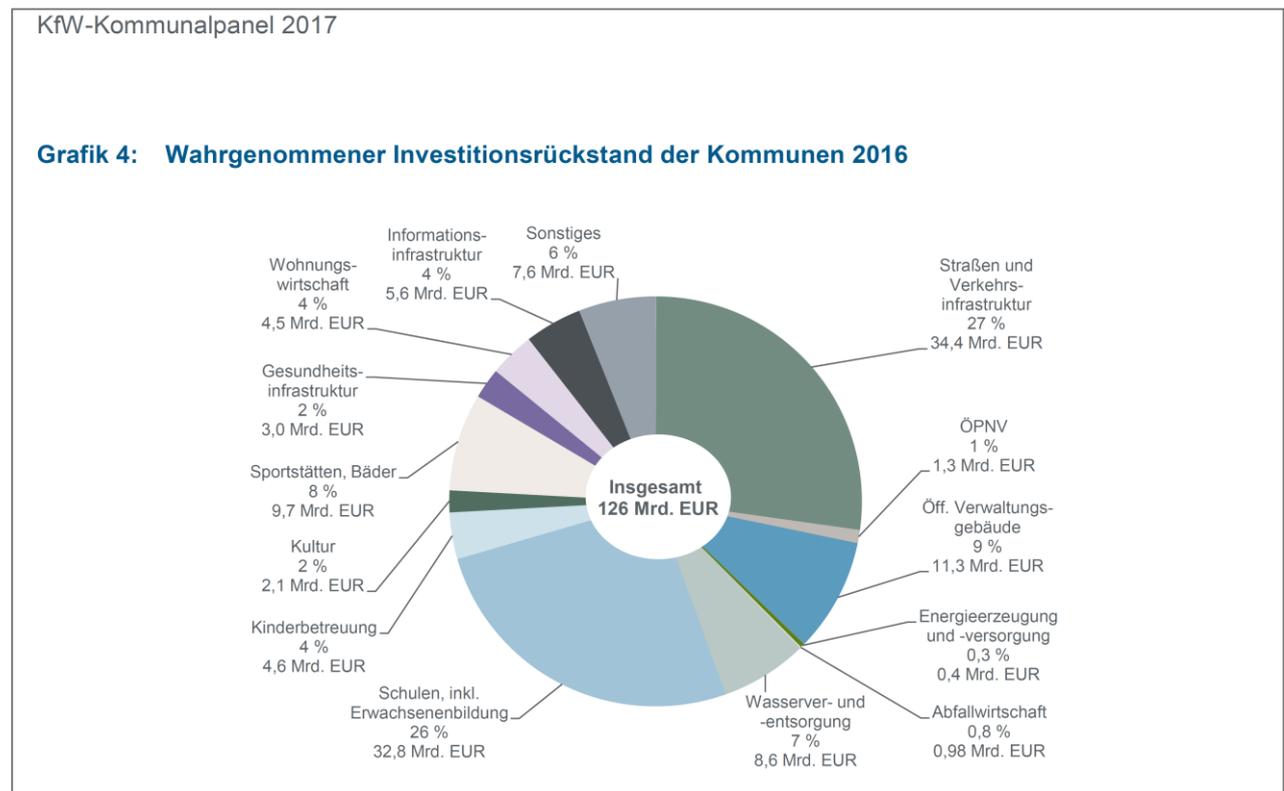
* Kernhaushalt, Kassenkredite: Vorläufige Ergebnisse

Berechnung mit Einwohnerstand 31.12.2015

Eigene Zusammenstellung und Berechnungen nach der Kommunalfinanzstatistik des Statistischen Bundesamtes.

Die Übersicht macht deutlich, dass es trotz sehr guter Einnahmeentwicklung nicht gelingt, die Ausgaben zu decken. Die Spreizung zwischen den südlichen Bundesländern und den Kommunen im Norden beträgt bis zu 200 € je Einwohner.

Eine aktuelle Untersuchung auf Basis des KfW-Panels ergibt folgendes Bild:



Angesichts der guten Zahlen für das Land Schleswig-Holstein ist es dem Land möglich, seine Kommunen besser auszustatten und sie damit in die Lage zu versetzen, ihrer Infrastrukturverantwortung nachzukommen, die Integrationsaufgaben zu bewältigen und die hohen Sozialausgaben zu schultern. Die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen und die Investitionen in die frühkindliche und die Bildungsinfrastruktur benötigen ebenfalls enorme fiskalische Ressourcen, über die die Kommunen in Schleswig-Holstein zurzeit nicht verfügen.

Wir können nicht bis zum Jahr 2020 warten, bis alle Berechnungen zur Korrektur des kommunalen Finanzausgleichs abgeschlossen sind. Die Kommunen benötigen kurzfristig eine Erhöhung der Dotation aus dem kommunalen Finanzausgleich mindestens in Höhe des seit dem Jahr 2007 währenden Eingriffs in den kommunalen Finanzausgleich (120 Mio. € jährlich).

Hinweis zum Download der Rundschreiben und anderer Mitteilungen:

Für alle Mitgliedskörperschaften stehen die Rundschreiben im "Mitgliederservice" auf der Homepage des Städteverbandes Schleswig-Holstein als Datei zur Verfügung.

Eckwerte der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

	2016		2017		2018		2019 - 2021	
	Nov 2016	IST	Nov 2016	Mai 2017	Nov 2016	Mai 2017	Nov 2016	Mai 2017
	- Zuwachsraten ggü. Vorjahr in v.H. -							
Bruttoinlandsprodukt (BIP)								
- nominal	3,4	3,3	3,1	3,0	3,1	3,1	3,1	3,2
- Deflator des BIP (Preisrate)	1,6	1,4	1,7	1,5	1,7	1,5	1,7	1,8
- real (preisbereinigt)	1,8	1,9	1,4	1,5	1,4	1,6	1,4	1,4
Konsumausgaben								
- Private Haushalte *)	2,5	2,6	2,9	3,0	3,2	2,9	3,2	3,2
- Staat *)	5,5	5,6	4,7	5,1	3,5	3,3	3,5	3,3
Bruttoanlageinvestitionen *)	3,9	3,8	3,7	4,3	3,7	4,7	3,7	4,1
Inlandsnachfrage *)	2,9	3,2	3,4	3,8	3,3	3,4	3,3	3,4
Bruttolöhne und -gehälter	3,8	4,0	3,7	3,9	3,1	3,4	3,1	3,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	3,6	2,4	2,4	1,0	3,1	3,1	3,1	3,1

*) Verwendung des BIP in jeweiligen Preisen (nominal)

Quelle: Gesamtwirtschaftliche Eckwerte des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zu den Steuerschätzungen vom November 2016 und Mai 2017

	2012	2013	2014	2015	2016	2017		2018		2019		2020		2021						
	IST	IST	IST	IST	IST	StSch Nov 2016	StSch Mai 2017	Abwei- chung	StSch Nov 2016	StSch Mai 2017	Abwei- chung	StSch Nov 2016	StSch Mai 2017	Abwei- chung	StSch Mai 2017					
Bund	256,3	259,9	270,7	281,6	289,0	305,6	308,0	2,4	313,2	309,0	-4,2	326,1	325,9	-0,2	337,6	338,8	1,2	349,2	353,0	3,8
Länder	236,3	244,2	254,3	267,9	288,7	288,3	294,8	6,5	299,2	304,3	5,1	309,0	313,9	4,9	320,5	326,8	6,3	332,4	340,1	7,7
Gemeinden	81,1	84,5	87,6	92,8	98,8	101,2	103,7	2,5	103,0	108,1	5,1	106,5	112,5	6,0	110,3	116,8	6,5	114,4	121,3	6,9
EU	26,3	31,1	31,0	31,0	29,3	29,4	25,9	-3,5	36,4	36,0	-0,4	37,4	37,0	-0,4	38,3	37,8	-0,5	39,5	37,7	-1,8
Summe Steuereinnahmen	600,0	619,7	643,6	673,3	705,8	724,5	732,4	7,9	751,8	757,4	5,6	779,0	789,3	10,3	806,7	820,2	13,5	835,5	852,1	16,6

in Mrd. Euro (gerundet)

	2012		2013		2014		2015		2016		2017			2018			2019			2020			2021			
	list	list	list	list	Haushalt 2017	StSch Mai 2017	Abweichung zum Haushalt	Eckwerte (Basis: Steuer-schätzung Nov 2016)	StSch Mai 2017	Abweichung zu den Eckwerten	Eckwerte (Basis: Steuer-schätzung Nov 2016)	StSch Mai 2017	Abweichung zu den Eckwerten	Eckwerte (Basis: Steuer-schätzung Nov 2016)	StSch Mai 2017	Abweichung zu den Eckwerten	Eckwerte (Basis: Steuer-schätzung Nov 2016)	StSch Mai 2017	Abweichung zu den Eckwerten							
Steuereinnahmen	6.780	7.329	7.176	8.075	8.745	8.618	8.815	198	9.055	9.149	94	9.300	9.465	164	9.530	9.730	201	9.902	10.151	250						
Kompensation KFZ-Steuer	319	319	319	319	319	319	319	0	319	319	0	319	319	0	319	319	0	319	319	0						
Länderfinanzausgleich	161	159	178	201	251	240	252	12	251	264	13	267	285	18	281	301	20	295	317	21						
Bundesergänzungs-zuweisungen	152	142	151	167	190	184	190	6	190	196	7	198	208	10	206	216	10	213	224	11						
Globale Mehreinnahmen (Asyl)						107	0	-107		27	27		13	13	13	13	13	13	13	13						
Globale Mindereinnahme (Vorsorge für Steuerrechtsänderungen)							-50	-50		-75	-75		-100	-100	-125	-125	-125	-150	-150	-150						
Summe	7.412	7.948	7.824	8.761	9.505	9.467	9.526	59	9.815	9.881	66	10.085	10.189	105	10.335	10.454	119	10.730	10.875	145						
erwartete Effekte (Umsatzsteuer, BEZ aus der Neuordnung des LFA *)																										
Summe Steuereinnahmen	7.412	7.948	7.824	8.761	9.505	9.467	9.526	59	9.815	9.881	66	10.085	10.189	105	10.559	10.688	129	10.955	11.117	162						

Die Kommunen werden über den kommunalen Finanzausgleich an den relevanten Mehreinnahmen des Landes in Höhe des Verbundsatzes (17,83 v. H.) beteiligt.

*) Unter Berücksichtigung der ab 2020 entfallenden Regionalisierungsmittel verbleibt ein Nettoeffekt aus der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen i. H. v. 146 Mio. € (2020) bzw. i. H. v. 154 Mio. € (2021), an dem die Kommunen über den KFA profitieren.

